

# Platz abbeck

Nr. 9, 13. Dezember 2007

**DIE LINKE.KÖLN**

**Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln**

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,  
www.linksfraktion-koeln.de

## Schwimmbäder gerettet – vorerst

Die Proteste der Schwimmerinnen und Schwimmer haben sich gelohnt: die etablierten Parteien sind von den Plänen abgerückt, die Bäder in Nippes, Weiden und Rodenkirchen bis 2010 zu schließen.

Von Beginn an hat die linke Ratsfraktion die Position vertreten, dass keines der Bäder geschlossen werden darf – anders als die etablierten Parteien. SPD und Grüne wollten alle Bäder schließen, CDU und FDP lediglich Rodenkirchen erhalten. Doch angesichts der anhaltenden Proteste wollte es am Ende niemand gewesen sein ...

Die Rodenkirchener hatten im Frühjahr die Protestsaison eröffnet, mit einer Unterschriften-Aktion und einer eindrucksvollen Demo vor dem Rathaus. Die Nippeser haben die größte Ausdauer bewiesen.

Unter Beteiligung von Aktiven aus GgS (Gemeinsamen gegen Sozialraub) und DIE LINKE. entstand im Sommer um die allzeit protestbereiten Nippeser Gesundheitschwimmerinnen die Initiative „Bäder für Alle“.

Bei wöchentlichen Infoständen wurden über 8.000 Unterschriften für den Erhalt des Bades und dessen Öffnung für alle gesammelt. Zu einer Demo durch die Neusser Straße im Mai wurden 120 Menschen, zu einem Protest vor dem Bad im November 100 und zu der Unterschriften-Übergabe vor dem Sportausschuss am 10.12. rund 50 Leute mobilisiert.

Den Weidenern gelang es, über 400 Unterstützer bei der „Bürgerhaushalt“-Befragung zu mobilisieren und den Erhalt des Weidener Bades auf Platz 1 im Bereich „Sport“ zu katapultieren.

Der vorläufige Erhalt der Bäder ist für die Aktiven und alle Schwimmfreunde ein Grund zum Feiern. Allerdings muss man das nüchtern betrachten: Weder SPD/Grüne noch CDU/FDP wollen sich auf einen langfristigen Erhalt aller Bäder festlegen. Die erneute Prüfung 2011 könnte sich als Rezept erweisen, die Debatte über die Schließung aus dem Wahlkampf 2009 herauszuhalten. →

## Sozialtarif für Strom- und Gas-kunden einführen!

„2008 wird Strom richtig teuer – mehr als 300 Grundversorger erhöhen Preise bis zu 25%“ titelte der Kölner Stadt-Anzeiger am 1. Dezember 2007.

In einem Sonderschreiben der Rhein-Energie werden ihre Kunden darauf hingewiesen, dass ihre Preise nicht im selben Umfang steigen wie bei anderen Stromkonzernen. Preissteigerungen von 6 bis 10 Pro-

in welcher Form und unter welchen Bedingungen ein Sozialtarif auch in Köln machbar ist.“ Außerdem soll sie einen Bericht über die Kölner Situation vorlegen.

Bei ihren Gesprächen mit der Rhein-Energie kann die Stadt auf eine EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt (2003/54/EG) verweisen. Sie verfügt, dass die Mitgliedstaaten „erforderliche Maßnahmen zum Schutz benachteiligter Kunden auf dem Elektrizitätsbinnenmarkt treffen. Die Maßnahmen können ... spezifische Maßnahmen für die Begleichung von Stromrechnungen oder allgemeinere Maßnahmen innerhalb des Sozialversicherungssystems beinhalten.“ (Ebd., Abs. 24).

Damit hat die EU festgelegt, dass der Stromtarif auch sozialen Kriterien genügen muss. Doch das hilft den Menschen in Köln im Moment auch nicht. Wieder einmal muss die Kommune die Kohlen aus dem Feuer holen und dafür sorgen, dass auch arme Menschen sich ausreichend Strom leisten können.

Der gemeinsame Antrag von DIE LINKE., SPD und Grüne will da Abhilfe schaffen. Er soll auch darauf hinwirken, dass eine bundeseinheitliche Regelung geschaffen wird. Die ist längst überfällig. Mit ihr haben kommunale Unternehmen wie die RheinEnergie auch keine Wettbewerbsnachteile durch den neuen Tarif zu fürchten. Ein Bundesgesetz würde auch verhindern, dass sich einzelne Energieanbieter mit dem Konkurrenzargument rausreden können.

Schon heute gibt es in verschiedenen Staaten so einen Sozialtarif, z.B. in Belgien. „Belgien hat ein System eingeführt, das die OECD als weltweit bestes Modell sozialen Ressourcen-Managements bezeichnet. In ganz Belgien können sozial Bedürftige eine Strommenge von 500 Kilowattstunden kostenlos beanspruchen. Auch eine Gasmenge von 556 Kilowattstunden zum Kochen gibt es umsonst.“ (Quelle: Bund der Energieverbraucher) →



zent sind aber für Menschen mit wenig Geld schnell existenziell. Denn Strom und Gas müssen von Hartz IV-Empfängern aus dem Regelsatz von 347 Euro selber bezahlt werden und sind nicht Bestandteil der Kosten der Unterkunft. Dabei ist es ein elementares Recht, Strom zu haben.

Die Auswirkungen der Preissteigerungen werden dramatisch sein. Schon heute werden jährlich 840.000 Menschen Strom und Gas gesperrt. Wie viele werden es 2008, bei gewaltig gestiegenen Preisen sein? Jeder Mensch, dem Strom und Gas abgestellt wird, ist einer zuviel. Besonders für Kinder ist diese Situation ein Armutszeugnis für ein reiches Land.

Aus diesem Grund stellten DIE LINKE., SPD und Grüne einen gemeinsamen Antrag. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der „RheinEnergieAG zu verhandeln,

**Fortsetzung von Seite 1**  
**Schwimmbäder gerettet – vorerst**

Manch etablierter Politiker mag spekulieren, dass die Schließung dann auf weniger Widerstand trifft.

DIE LINKE.KÖLN tritt für den Erhalt der Bäder über 2011 hinaus ein. Wenn die Wasserflächen 2008 benötigt werden, um das Schul- und Gesundheitsschwimmen weiter zu entwickeln, dann wird das 2011 nicht anders sein. Köln braucht eher mehr Schwimmbäder – wohnortnah, für alle geöffnet und günstiger.

Deswegen fordern wir die umfassende Reparatur der Bäder in Nippes, Rodenkirchen und Weiden, um den Bestand zu erhalten, und Nippes und Weiden am Wochenende für alle Nutzerinnen und Nutzer zu öffnen.

Claus Ludwig



Protestaktion in Nippesser Schwimmbad am 17.11.2007

Foto: [www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com)

Die komplette Studie ist im Internet verfügbar unter:  
[http://www.die-linke-koeln.de.inixdata.de/fileadmin/kundendaten/www.linksparterie-pds-koeln.de/pdf/Unterkunftsanalyse\\_Koeln\\_Alge\\_II\\_Kolter-Linke\\_Aktualisierte\\_Fassung\\_11-2007.pdf](http://www.die-linke-koeln.de.inixdata.de/fileadmin/kundendaten/www.linksparterie-pds-koeln.de/pdf/Unterkunftsanalyse_Koeln_Alge_II_Kolter-Linke_Aktualisierte_Fassung_11-2007.pdf)  
(Short-URL: <http://3eb.de/df970>)

**Fortsetzung von Seite 1**

Viele Energieanbieter sind kommunale Unternehmen. Der Gewinn fließt in die Quersubventionierung des Öffentlichen Nahverkehrs und/oder in den städtischen Haushalt. Die RheinEnergie AG hat im letzten Jahr 155 Mio. Gewinn für die Stadt Köln erwirtschaftet. Warum sollte sie nicht auch einen Sozialtarif bezahlen können? Es kann auch aus Sicht des Unternehmens Sinn machen, einen solchen Sozialtarif anzubieten, um das Image aufzubessern oder die Kundenbindung zu erhöhen.

Die RheinEnergie als öffentliches Unternehmen erzielt Gewinne nicht für einige wenige Besitzer, sondern für öffentliche Kassen. Zu einer solidarischen Stadtgesell-

schaft gehört es aber auch, die Lasten so zu verteilen, dass Menschen mit weniger Geld weniger tragen müssen. Ein demokratischer Staat muss dafür sorgen, dass alle Menschen eine gewisse Grundversorgung erhalten. Licht, Heizung, Telefon gehört heute dazu. Es ist ein Skandal, dass nicht der Staat diese Grundversorgung garantiert. Die Kommune muss hier helfen. Das ist sie den Kölnerinnen und Kölnern schuldig. Es kann aber nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Bundesgesetz sein. Die EU ist hier fortschrittlicher als diese Bundesregierung – ein Armutszeugnis!

Jörg Detjen,  
Andrea Kostolnik



Cindy Kolter, Sprecherin des Ortsverbandes Köln-Nord, AK Hartz IV/Soziales  
Johannes Kolter, AK Hartz IV/Soziales

Foto: Hans-Dieter Hey

## Chancen für ALG II-Bezieher auf dem Kölner Wohnungsmarkt

„In Köln sind die Mieten sehr hoch!“, ist eine Aussage, die niemanden wirklich überrascht. Betrachtet man den aktuellen Kölner Mietenspiegel, werden Kaltmieten von 3,80 bis 10,50 EUR/m<sup>2</sup> benannt. Dabei werden die Mieten nach Wohnlage und Baujahr des Gebäudes gestaffelt. Auch wenn den ARGE-Kriterien nur Altbau-Wohnungen in einfacher Wohnlage ohne Heizung und oft auch ohne sanitäre Anlagen entsprechen, entsteht auf den ersten Blick doch der Eindruck, dass die Mietobergrenze von 5,10 EUR/m<sup>2</sup> (inkl. Nebenkosten 6,90 EUR/m<sup>2</sup>) für die vollständige Übernahme der Unterkunftskosten angemessen seien. Um diesen Eindruck zu verifizieren, wurden für den Arbeitskreis Hartz IV/Soziales 1747 Wohnungsangebote, die im August 2007 in Köln veröffentlicht wurden, bezüglich des Quadratmeterpreises analysiert. Hauptfragestellung der Untersuchung war, ob Kölner ALG II-Bezieher eine realistische Chance haben, eine Wohnung zu finden.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass der durchschnittliche Quadratmeterpreis für Wohnungen größer als 45 m<sup>2</sup>

um 8,50 EUR (Kaltmiete) und um 10,40 EUR (inkl. Nebenkosten) liegt. Wohnungen bis 45 m<sup>2</sup> liegen im Schnitt ca. 2 EUR/m<sup>2</sup> über dem Mittelwert aller Angebote. Verglichen mit den Mietobergrenzen wurden fünf Angebote ermittelt, bei denen die Kosten durch die zuständigen Leistungsträger komplett übernommen worden wären. Es handelte sich dabei um Wohnungen über 75 m<sup>2</sup> in Chorweiler, Höhenhaus, Kalk und Marsdorf.

Zwei weitere Aspekte erschweren den Einzug in eine neue Wohnung immens: Zum Einen muss die Entscheidung für eine Wohnung meist schnell getroffen werden. Das z.T. sehr langwierige Genehmigungsverfahren der ARGE macht spontane Zusagen nahezu unmöglich. Zum Zweiten wird bei ca. zwei Drittel der Angebote eine Courtage für den Immobilienmakler von bis zu 2,38 Monatsmieten fällig, die von den zuständigen Leistungsträgern nicht übernommen wird. Demnach haben ALG II-Bezieher in Köln de facto keine Chance, eine Wohnung zu finden.

Cindy und Johannes Kolter



# Aus den Ausschüssen:

## ■ Schulausschuss

### Vermeintlicher Amoklauf sollte populistisch ausgeschlachtet werden

Vor der letzten Schulausschusssitzung überschattete der vermeintliche Amoklauf an einem Kölner Gymnasium alle anderen Themen. Dabei war es zum tragischen Tod eines Schülers gekommen, nachdem zwei von der Lehrerschaft angeforderte Bezirksbeamte ein Sechs-Augen-Gespräch mit dem potentiellen Täter geführt hatten. Der Schüler hatte kurz danach Selbstmord begangen. Später stellte sich heraus, dass der Plan zu einem Amoklauf an der Schule schon vor Wochen aufgegeben worden war.

Das Verhalten der Lehrer und der Polizeibeamten war starker Kritik ausgesetzt. Unbestritten aber war, dass wichtige Umstände der Tat auch zur Sitzung des Ausschusses noch nicht aufgeklärt waren.

In dieser Situation hatte die FDP eine Aktuelle Stunde zur Vorgehensweise an Schulen in Bezug auf geplante Gewalttaten beantragt. Aufgrund der Geschäftsordnung des Rates musste diese Aktuelle Stunde auch abgehalten werden. Gleichzeitig sparten die anderen Fraktionen nicht an Kritik am FDP-Antrag. Das Thema erschien vielen zu ernst, als es nach so kurzer Zeit und ohne wichtige Fakten geklärt zu haben, im Rahmen einer Aktuellen Stunde zu behandeln. Das Thema Gewalt an Schulen ist komplex. Ein einziger Lösungsvorschlag reicht zur Bekämpfung nicht aus. Das ist ein Thema, an dem langfristig die verschie-

denen Ebenen der Politik arbeiten müssen.

Für DIE LINKE. KÖLN steht fest: Solange die Stadt und das Land an Schulsozialarbeitern spart, solange Schulpsychologen fernab der Schule nur nach monatelangem Warten auf einen Termin zu erreichen sind, solange Auslese und nicht gleichzeitige Förderung aller den Ton an unseren Schulen angeben, solange nützt auch der beste Katastrophen-Einsatzplan nicht viel.

*Özlem Demirel*

## ■ Jugendhilfe

### Wissen ist Gestaltungsmacht

Aussagekräftige Zahlen zu kennen, ist das A und O für wirksame Politik. So setzt sich DIE LINKE. seit Jahren für die Verbesserung von Chancen für Jugendliche ein. Im neu erschienenen Kennzahlenvergleich gibt es dazu eine scheinbar ermutigende Zahl. Während 24,1 % aller Kinder und Jugendliche in Köln Transferleistungen beziehen, also nicht vom Einkommen der Eltern leben können, bekommen „nur“ 12,6% der 15 bis 24-Jährigen Leistungen nach dem SGB II.

Doch objektive Zahlen können lügen. Die LINKE. argwöhnte, dass die Halbierung dieses Anteils an den berufsvorbereitenden Maßnahmen liegt, in denen ein Großteil dieser Jugendlichen „geparkt“ werden. Dann bekommen diese nämlich Leistungen nach SGB III und fallen so aus der SGB II-Statistik raus. Die Verwaltung konnte die Nachfrage spontan nicht beant-

worten und versprach eine schriftliche Stellungnahme.

Dieses Beispiel illustriert, wie wichtig aussagekräftiges Zahlenmaterial ist, um politisch eingreifen zu können. Beim Übergang der Jugendlichen von der Schule in den Beruf gibt es bisher wenig Greifbares. Wir wissen nicht, wie viele Jugendliche nach der Schule ohne Perspektive „verschwinden“. Die Information, dass im Moment ca. 2000 Jugendliche berufsvorbereitende Maßnahmen absolvieren, haben wir auch nur einer Schätzung des DGB zu verdanken.

Ein von der Verwaltung im Sommer präsentierter Ausbildungsbericht war wenig aussagekräftig. Es war unmöglich, die Lebenswege der Jugendlichen nach ihrem Schulabschluss gestaffelt nachzuvollziehen. Das würde aber eine wichtige Aussage darüber treffen, welche Schulformen erfolgreich sind, und welche „Versager“ produzieren.

Doch für den Ausbildungsbericht werden weit mehr Daten erhoben, als veröffentlicht werden. Damit sich das in Zukunft ändert, hat DIE LINKE. KÖLN noch einmal eine detaillierte Anfrage gestellt.

*Andrea Kostolnik*

## ■ Sportausschuss

### Städtische Hallenwarte kommen wieder

2003 hatten CDU und Grüne die Warte der städtischen Sporthallen abgeschafft.

Die verschiedenen Nutzer, in der Regel Vereine und Schulen, waren nunmehr für's Verriegeln der Hallen und das Melden von Schäden an die Bezirksämter zuständig.

Das führte dazu, dass sich keiner mehr für den Zustand der Hallen verantwortlich

---

# Die neue Gemeindeordnung – Kölner Fraktion informiert Interessierte

Im Oktober hat der Landtag eine Reform der Gemeindeordnung verabschiedet, im November lud die Fraktion Interessierte zu einer Informationsveranstaltung ein.

Der DGB-Bezirksvorsitzende von Köln, Wolfgang Uellenberg van Dawen, zog als Referent eine negative Bilanz der Änderungen. Die bitterste Pille ist dabei sicher die Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit von Kommunen. Städte und Gemeinden dürfen künftig nur noch die Dienstleistungen mit eigenen Unternehmen selbst erbringen, die kein Privater genauso gut erbringen kann.

Für die bestehenden kommunalen Unternehmen gilt zwar Bestandsschutz. Sie dürfen allerdings auch nicht mehr über das

Gebiet der Kommune hinaus wachsen. Das haben viele über den Zusammenschluss mit anderen kommunalen Unternehmen versucht, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Diese Möglichkeit ist nun gestoppt. Das könnte den schleichenden Zusammenbruch vieler städtischer Unternehmen bedeuten.

Diese Entwicklung kann in Zusammenhang mit dem Abbau von demokratischen Rechten durch die Landesregierung gesehen werden. Die weitreichende Beschneidung der Mitbestimmung durch die Neufassung des Landespersonalvertretungsgesetzes macht Entscheidungswege undemokratischer. Die Zurückdrängung kommunaler Unternehmen zu Gunsten von privaten verlagert ebenfalls mehr und

mehr Entscheidungen aus dem demokratisch-transparenten Bereich in einen privaten, öffentlich kaum zu kontrollierenden Bereich.

Weitere Aspekte der Reform stellte Jörg Detjen dar. Der Bürgermeister wird künftig mit mehr Rechten ausgestattet. Als „Sonnenkönig“ hebt er sich noch deutlicher von seinen Ratskollegen ab, deren Mitspracherechte z. B. bei Einstellungen und Beförderungen ausgehebelt wurden. Das wird auch deutlich im Zeitpunkt seiner Wahl, die nun von den Kommunalwahlen abgekoppelt ist.

Insgesamt waren ca. 30 Menschen gekommen, um die sehr handfesten Auswirkungen eines relativ abstrakten Themas zu diskutieren.

*Andrea Kostolnik*

fühlte. Die Anlagen verwehrten und zogen Vandalismus an. Den eingesparten Personalkosten von 1,1 Mio. Euro standen größere Kosten durch überdurchschnittliche Schäden gegenüber.

Jetzt hat die Stadt die Notbremse gezogen. Künftig werden tariflich bezahlte, neue Hallenwarte eingestellt, die halbtags in der Halle präsent sind. In der restlichen Zeit der 80-90 Stunden, die die Hallen in der Woche geöffnet sind, sorgt ein privater Schließdienst für Einlass.

Das ist geradezu ein Paradebeispiel dafür, dass Personal kein „überteuertes Ballast“ ist, sondern wichtige Aufgaben erfüllt.

An den Gesamtschulen bleiben die Hallenwarte auch weiterhin ganztags präsent. *Felix Schulte*

## ■ Verkehrsausschuss

### KVB- „Razzien“

Unser Antrag, Fahrscheinkontrollen in der KVB zukünftig ohne martialische Polizeieinsätze durchzuführen, ist vom Rat in den Verkehrsausschuss verwiesen worden. Diese „Razzien“ haben viele unerwünschte Nebeneffekte. Die Kunden sind verschüchtert und fühlen sich nicht wohl. Das martialische Auftreten der Kontrolleure provoziert erst recht manche Auseinandersetzung. Schließlich dienen die Kontrollen auch dazu, „illegale“ Migranten zu jagen und festzusetzen.

In den Grünen schienen wir Mitstreiter gefunden zu haben, die sich insbesondere wegen des letzten Arguments von den Kontrollen distanzieren. Schade, dass unser Antrag in der Abstimmung schließlich von allen anderen Parteien abgelehnt wurde.

*Michael Weisenstein*

## ■ Stadtentwicklung

### Kein überdimensionierter Golfplatz nach Widdersdorf

In Köln-Widdersdorf sollte ein 140 ha großer 27-Loch-Golfplatz entstehen. Er sollte sich zwischen dem Ortsgebiet von Widdersdorf und der A1 erstrecken. Bisher ist für den Süden des Gebietes landwirtschaftliche Nutzfläche vorgesehen. Der nördliche Teil ist im Bebauungsplan als öffentliche Grünfläche vorgesehen. Im Norden wird der geplante Golfplatz von der Bahnlinie Köln-Mönchengaldbach, im Süden vom Zaunweg begrenzt.

DIE LINKE. KÖLN lehnt diese Rasenwüste entschieden ab. Im Moment kann diese große Fläche noch jeder nutzen. Wird der Golfplatz erst mal gebaut, werden Anwohner und Spaziergänger auf den öffentlichen Rundweg um das riesige Areal abgedrängt.

Im Zug der Regionale 2010 wird östlich dieses Areals das Naherholungsgebiet

„Landschaftspark Belvedere“ entstehen. DIE LINKE. KÖLN will nicht, dass Spaziergänger aus dem Naherholungsgebiet kommen und dann vor einem riesigen Sperrriegel von Privatbesitz stehen.

Direkt nach Bekanntwerden der Pläne hatten Anwohner mit Flugblättern und Infoständen gegen den Golfplatz mobil gemacht. Auf der Sitzung selbst wurde die Verwaltungsvorlage mit den Stimmen von SPD und Grüne abgelehnt.

*Jörg Detjen*

## ■ Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

### Zweitwohnungssteuer vom Tisch?

Die „Welt“ berichtete am 26.11.2007 von der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf über die Klagen von Wuppertaler Studenten gegen die Zweitwohnungssteuer (Az: 25 K 2703/07 u. a.). Dabei kamen die Richter zu dem Schluss, dass die Erhebung der Steuer nur dann rechtmäßig sei, wenn die Student/-innen auch eine Erstwohnung besäßen.

In der Regel ist das bei Studierenden nicht der Fall. Ihre Erstadresse ist gewöhnlich ein Zimmer bei ihren Eltern, was nicht als Erstwohnung zu werten ist.

Von Anfang an hat DIE LINKE. gegen die Einführung dieser Steuer in Köln gekämpft. In der letzten Sitzung des Ausschusses wollte DIE LINKE. KÖLN dann wissen, inwieweit sich das Urteil auf die Kölner Praxis auswirkt.

Geltungsbereich des Bebauungsplan-Aufstellungsbeschlusses  
Arbeitsstil: Golfplatz in Köln-Widdersdorf



Die Antwort steht bisher aus. Es wäre zu begrüßen, wenn die Zweitwohnungssteuer auf diesem Weg gekippt würde. Denn sie trifft in der Regel junge Leute mit wenig Geld.

*Jörg Detjen*

## ■ Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün

### Driss-Gebühren kosten Kölner 5,3 % mehr

2008 sollen die Müllgebühren für die Kölner Haushalte erneut erhöht werden. Darin enthalten sind laut OB Schramma jährliche Kosten von 5,8 Millionen Euro für die Umstellung der Papiermüllentsorgung vom Bring- aufs Holsystem.

Die Kölner sollen über die Abholung der grauen Tonnen zur Kasse gebeten werden (z.B. 120 Liter Behälter statt bisher 419,76 dann 440,68 Euro). Als Grund für die Erhöhung verkauft Umweltdezernentin Bredehorst, dass die „Zahl der grauen Tonnen sinkt“ (KStA).

Fakt ist, dass es 2008 mehr gelbe und blaue Tonnen in den Wohnhäusern gibt. Diese müssen irgendwie gegenfinanziert werden (angeblich nur die blauen Tonnen).

Tonne hin, Tonne her: Im Betriebsausschuss der Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) am 29.11. lehnte der Sachkundige Einwohner Frank Kühl nicht nur die Erhöhung, sondern Gebühren grundsätzlich als unsozial ab, weil Menschen mit geringem Einkommen prozentual höher belastet werden als Reiche.

Dies musste sogar Bredehorst eingestehen, aber man hätte ja wegen der Abgaben-

ordnung nur geringe Spielräume. Das Holsystem und das abgelöste Sammelbehälter-System, letzteres damit ein „Modellversuch mit örtlich und zeitlich begrenzter Wirkung“ (AWB-Satzung), darf nicht den Gering- und Normalverdienern angelastet werden.

Die Müllgebührenerhöhung und das zugrunde liegende Gebührensystem ist genauso abzulehnen, wie die überdimensionierte, überteuerte und durch Korruption zustande gekommene Müllverbrennungsanlage in Niehl.

*Frank Kühl*

# EINE Schule für ALLE

Bericht vom Kongress am 16.-18.11. in Köln

„Mittendrin e. V.“ ist ein kleiner, vor kurzem gegründeter Verein, der Erstaunliches geleistet hat. Er organisierte einen Kongress zur integrativen Schule an der Universität zu Köln, der mit über 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, viele davon jung, ausnehmend gut besucht war und mit einer hochrangigen Besetzung von Referentinnen und Referenten aufwarten konnte. Darunter waren so renommierte Experten wie Prof. Matthias von Saldern von der Universität Lüneburg oder der Leiter des Neurobiologischen Labors der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Göttingen, Prof. Gerald Hüther.

Eine bunte Mischung von Praxisberichten und Unterrichtsbeispielen, Vorträgen, Podien und Aufführungen eröffneten unterschiedlichste Annäherungen an das Thema des Kongresses. Schöpferische und anregende Beiträge waren darunter. Mut machte das Beispiel der Entwicklung einer Förderschule zu einer Schule für Alle.

Der Rektor Wilfried W. Steinert ging zunächst zaghaft diesen umgekehrten Weg. Beim ersten Aufruf erschienen gleich 70 Eltern von „RegelschülerInnen“, und in zwei Wochen waren bereits zwei Integrationsklassen zustande gekommen. Bemerkenswert auch der Bericht von Josef Adrian vom Förderzentrum für Sehgeschädigte in Schleswig.

Von diesem Zentrum aus werden alle sehbehinderten Kinder, die vorwiegend in Regelschulen unterrichtet werden, nebst den sie unterrichtenden Lehrern und Lehrerinnen betreut. Diese Förderzentren haben auch die Aufgabe, Förderschüler auf unterschiedliche Schulen zu verteilen. Für ihn war klar, dass „Kompetenzzentren“, die im Schulgesetz NRW bisher allein den Sonderschulen zugeordnet werden, auf die Dauer nicht mehr nur Schüler Förderschulen zuweisen und damit sich selbst bedienen werden. Dagegen stehen der ganzheitliche Anspruch und die Multiprofessionalität, die ein solches Zentrum entwickeln muss. Und: Es gibt vorsichtige Bestrebungen, auch einzelne GU-Schulen als Zentren zuzulassen.

Interessant auch die Vorträge von Vertretern anderer Länder. Wenn sie ihre Schulmodelle vorstellten, hatte man als Deutscher das Gefühl, sie sprachen von einer anderen Gesellschaft. Allzu selbstverständlich ist ihnen, dass jedes Kind eigene Potentiale und ein Recht auf Gleichbehandlung hat: Alle sind verschieden - und davon profitieren alle - diesen Satz konnte man an diesem Wochenende abgewandelt immer wieder hören. Prof. Hüther machte das in seinem Vortrag besonders deutlich: Das ungeheure Potential im Gehirn eines einjährigen Kindes nimmt bis zur Pubertät um ein Drittel ab, weil die Beziehungsfähigkeiten zu wenig genutzt und durch Ängste und Entmutigung, z. B. durch Abschieben in andere Schulformen, blockiert werden. Der Vergleich der IGLU-Studien mit PISA gibt

ihm Recht. Der Absturz der deutschen Schüler beginnt erst nach der Grundschule.

Nicht zuletzt der Ausblick zu erfolgreicheren Bildungsländern hat gezeigt, es gibt viele Argumente für Eine Schule für Alle.

Unser gegliedertes Schulsystem entspricht der Ständeschule des Kaiserreiches. Auf der Reichsschulkonferenz 1920 war die Einrichtung der vier Grundschuljahre ein äußerster Kompromiss. Mit einem solchen Menschenbild ist unser Grundgesetz nicht zu vereinbaren.

Es gibt keine homogenen Klassen. In unseren Klassen sitzen Schüler und Schülerinnen mit den verschiedensten Fähigkeiten, die der individuellen Unterstützung



Foto: Mittendrin e.V.

und Förderung bedürfen. Gerade diejenigen, die immer wieder die Einheitsschule als Reizwort gegen die Schule für Alle in die Diskussion werfen, befürworten eine Gleichschritt - Pädagogik, nach der alle diejenigen, die nicht Schritt halten können, aussortiert und nach unten abgegeben werden. Das Ergebnis: In Deutschland besucht fast jede/r zwanzigste Schüler/in eine Förderschule. Darunter überproportional viele Jungen und bis zu 60 % Migrantenkinder (Publik-Forum Dossier: Die andere Schule - jetzt, S. 13)

Die internationalen Studien zeigen deutlich, dass integrative Schulsysteme ein höheres Leistungsniveau bei mehr Chancengleichheit erreichen als in selektiven Schulsystemen. Hier ist das Leistungsniveau niedriger bei einer hohen sozialen Ungleichheit.

Die Folgen unseres Bildungssystems zeigen sich auch im wirtschaftlichen Bereich. In der EU schließen 57 % der 15-Jährigen die Schule mit dem Abitur ab, in Deutschland nur 21 %. Damit ist einem großen Teil der Jugendlichen der Weg zu bestimmten Berufen mit hochwertigem Abschluss in unserer Gesellschaft verschlossen. Für die niedrig qualifizierten gibt es entweder keine Jobs - FörderschülerInnen können so gut wie gar nicht in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden - oder sie werden mit niedrigsten Löhnen abgepeist.

Die sinkenden Schülerzahlen lenken den Blick der Landespolitiker zunehmend auf wohnortnahe Ressourcen. Zahlreiche Schulen müssen in den kommenden Jahren geschlossen werden. Und damit entschwinden für viele Schülerinnen und Schüler auch wohnortnahe Schultypen. Dazu kommt, dass immer weniger Eltern ihre Kinder auf die Hauptschule schicken wollen. Aus der Not machen viele Länder bereits eine Tugend, führen Gemeinschaftsschulen ein, legen Haupt- und Realschulen zusammen oder planen eine längere Grundschulzeit. Nur das Gymnasium bleibt noch unangetastet. Wie lange noch???

Michael Kellner

## KURZMELDUNGEN – KURZMELDUNGEN

### Versorgungsverwaltung nun doch ohne Leverkusen

Der Rat der Stadt Leverkusen hat den Kooperationsvertrag mit der Stadt Köln in der Versorgungsverwaltung überraschend abgelehnt. Nun wird sich jede Kommune einzeln um die Einstufung behinderter Menschen kümmern.

DIE LINKE. KÖLN hatte davor gewarnt, durch Kommunalisierung das hohe fachliche Niveau der Versorgungsverwaltung zu gefährden.

### Jetzt amtlich: Esch-Oppenheim hat bei Messe gefuscht

DIE LINKE. KÖLN hat schon immer argwöhnt, dass der Esch-Oppenheim-Fond beim Bau der Messe-Nordhallen gefuscht hat und in Anträgen die Untersuchung der Bauweise gefordert. Aufgrund 16 000 festgestellter Mängel wollte die Messe die Miete um 5 Mio. Euro kürzen. Nun hat man sich auf 1,9 Mio. Euro geeinigt. Das allerdings wird die Rendite von 10 Prozent für die Investoren nicht sonderlich schmälern.

# Auftaktveranstaltung zum Integrationskonzept

Im vergangenen Jahr forderte der Integrationsrat, ein Integrationskonzept für die Stadt Köln zu erstellen. Der Rat schloss sich dem an. Am 10. November ist der Startschuss gefallen. Auf einer Auftaktveranstaltung stellte die Verwaltung das bisher Erarbeitete und das Prozedere vor. Rund 100 in diesem Themenbereich engagierte und tätige Menschen nahmen an der Veranstaltung teil.

In Köln leben rund 300.000 Menschen mit einem Migrationshintergrund. Ein Integrationskonzept soll dazu beitragen, bisher bestehende Maßnahmen zu bündeln, zu koordinieren und miteinander zu vernetzen. Konzeptionell an die Herausforderungen heranzugehen und Fragen und Leitziele an die Integration zu formulieren, kann ein Schritt hin zu der gelungenen Integration bedeuten. In diesem Sinne ist die Grundidee eines Integrationskonzeptes fortschrittlich und dementsprechend gut aufgenommen worden. Die Frage die sich nun stellt, ist vielmehr, wie solch ein Konzept aussehen soll und wie es gestaltet wird.

Zu vier Themenfeldern, demografischer Wandel, Sprache/Sprachkompetenz, Stadtraum/Sozialraum, sowie Bildung, Ausbildung und Beruf, soll inhaltlich gearbeitet werden. Hierfür wurden Arbeitsgruppen gebildet, die öffentlich tagen und von

einem eigens dafür gebildeten Beirat unterstützt und begleitet werden.

Im Januar 2008 ist eine Integrationskonferenz geplant, auf der alle Themenfelder diskutiert und vernetzt werden. Im November 2008 soll das Konzept fertig sein und in den jeweiligen Ausschüssen und im Rat beraten werden.

Die verschiedensten Akteure sollen sich an diesem Prozess beteiligen. Auch mit dabei sind Migrantenselbstorganisationen (MSO). Dies ist wichtig, da man nicht ein Konzept für die Migranten, sondern mit den Migranten erstellen muss, wenn man gewährleisten will, dass dieses auch fruchtet.

Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabe, Partizipation und Chancengleichheit. Insbesondere gilt dies für die Bereiche Bildung, Arbeit und politische Entscheidungen. Integration bedeutet aber auch Vorurteile abzubauen und das Zusammenleben zu stärken.

Das Integrationskonzept wird mit Sicherheit nicht alle Probleme lösen können. Vor allen Dingen kann kein Konzept eine endgültige Lösung auf aktuelle und sich ändernde Umstände bieten. Es muss immer wieder überarbeitet und auf die aktuellen Bedürfnisse angepasst werden. Aber das Konzept kann den Weg dahingehend eb-

nen, insbesondere die Stadtverwaltung für dieses Thema zu sensibilisieren und ein freundlicheres und interkulturelles Stadtbild zu schaffen.

Das wichtigste ist jedoch, dass die Erstellung transparent verlaufen muss. Dazu sind gesamtstädtische Diskussionen wichtig. Gerade diejenigen, die dieser Thematik fern sind, sollen sich mit ihr beschäftigen.

Ein integratives Stadtbild bedeutet auch eine interkulturelle Öffnung der Stadt und ihrer Verwaltung. Hier muss in Köln noch einiges aufgeholt werden.

Integration kann nur in einem gegenseitigen Prozess gelingen. Die Öffentlichkeit und öffentliche Meinung spielen hierbei eine große Rolle. Dem entsprechend muss auch diese im Integrationskonzept berücksichtigt werden. Vorschläge und Vorstellungen der breiten Öffentlichkeit müssen eingeholt und mit in das Konzept aufgenommen werden.

Es kann nicht nur erwartet werden, dass sich die Migranten anpassen, sondern die Gesellschaft muss sich diesen öffnen. Die speziellen Probleme der Migranten sind nicht individuelle Probleme von Migranten. Sie gehen alle was an. Deswegen müssen sich alle bewegen.

*Özlem Demirel*



## Solidarität mit den Beschäftigten im Einzelhandel

Die Fraktion DIE LINKE. KÖLN erklärt sich solidarisch mit den streikenden Beschäftigten im Einzelhandel. Es kann nicht sein, dass die Arbeitgeber Peanuts als Lohnerhöhung anbieten und gleichzeitig wesentlich höhere Zuschläge streichen wollen. Jeder und jede, die dagegen streikt, kämpft gegen einen wichtigen Dammbbruch und kämpft damit auch gegen schlechtere Arbeitsbedingungen in anderen Branchen.

Um die Streiks zu unterstützen und auf die katastrophalen Arbeitsbedingungen in der Weihnachtszeit hinzuweisen, wird DIE LINKE. KÖLN am 15.12. einen Aktionstag in der Innenstadt durchführen.

Die Fraktion DIE LINKE. KÖLN spricht sich seit langem gegen lange Ladenöffnungszeiten aus. In Köln steht sie in der Frage der Sonntagsöffnungen an der Seite des DGB und der Kirchen. Wir werden auch weiterhin daran arbeiten, einen vierten geöffneten Sonntag in Köln zu verhindern.

## Solidaritätserklärung für die streikenden Kollegen und Kolleginnen der Türk Telekom

Die Fraktion DIE LINKE. KÖLN und ihre Bezirksvertreter erklären sich mit den streikenden Kollegen und Kolleginnen der Türk Telekom solidarisch.

Nachdem die Tarifverhandlungen zwischen Haber-Is und der privatisierten Türk Telekom gescheitert sind, wird der Betrieb seit 16. Oktober 2007 bestreikt. Am Wochenende vom 10./11. November kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Streikenden in Istanbul, als das Unternehmen Streikbrecher einsetzen wollte.

Wir anerkennen das Streikrecht aller Beschäftigten. Wir fordern die Verantwortlichen auf, keine Gewalt gegen die Streikenden einzusetzen. Darüber hinaus darf kein finanzieller Druck auf die Gewerkschaft ausgeübt werden, etwa durch die Verweigerung der Kostenübernahme für die Behandlung von Verletzten durch die Krankenkassen.

Als Ratsfraktion aus der Partnerstadt fühlen wir uns mit den Menschen in Istanbul besonders verbunden.

*Fraktion DIE LINKE. KÖLN & Bezirksvertreter*

# Platzjabbbeck

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

## Neujahrsempfang der Fraktion

**Wichtige Ziele konnte die Fraktion zusammen mit vielen Kölnern und Kölnerinnen durchsetzen. Große Kämpfe stehen uns noch bevor. Der Neujahrsempfang der Fraktion bietet traditionell Gelegenheit, Rückschau zu halten und künftige Vorhaben zu diskutieren. Bei einem kleinen Büffet und kalten Getränken kann mensch sich ungezwungen mit Gleichgesinnten austauschen. Ihr seid alle herzlich eingeladen!**

**Mittwoch, 16. Januar 2008, 18.00 Uhr**  
Rathaus,  
Spanischer Bau  
Kardinal-Frings-Raum

## Wohnungspolitische Tagung

**Samstag, 9. Februar 2008, 13:00 - 18:00 Uhr**  
Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer-Str. 58

### Einleitungsvorträge:

Dr. Andrej Holm, Lehrbeauftragter am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin

N.N., Mitglied der Fraktion Die Linke.

Köln: **Eckdaten der Wohnungsmarktregion Köln**

### Arbeitsgruppen:

- 1.) Träger der sozialen Wohnungsbaupolitik (Kommunale Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften und „gemeinnützige“ Wohnungsbaunternehmen)
- 2.) Ökologie im Wohnungs- und Siedlungsbau

3.) Finanzierung des Wohnungsbaus (u.a. soziale Bodenordnung)

4.) Zielgruppen des öffentlichen Wohnungsbaus

### Abschlusspodium:

**„Forderungen für eine ökologische und soziale Wohnungsbaupolitik“**

Heidrun Bluhm, MdB – DIE LINKE.,  
wohnungspolitische Sprecherin  
Jochen Ott, Vorsitzender des Aufsichtsrates der GAG Immobilien AG  
Franz-Xaver Corneth, Vorsitzender des Mietervereins Köln (angefragt)  
Arno Haas, Regionalleiter IG BAU  
Regionalbüro Rheinland (angefragt)

# DIE LINKE.KÖLN

## Neubesetzung in den Ausschüssen

Mit Bedauern hat die Fraktion DIE LINKE.KÖLN zur Kenntnis genommen, dass sich mit Alex Bersch und Franz-Albert Krämer zwei Sachkundige Einwohner aus den Ausschüssen zurückziehen. Beide können die Aufgabe aus Zeitgründen nicht mehr wahrnehmen. Die Fraktion wünscht ihnen alles Gute und hofft, dass sie sich weiterhin in die Kommunalpolitik der Fraktion einbringen.

Im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden wird künftig Peter Löwisch DIE LINKE.KÖLN vertreten. Jörg Detjen wechselt vom Liegenschafts- in den Stadtentwicklungsausschuss. Stefan Kühn, Mitglied des Arbeitskreises Stadtentwicklung, rückt in den Liegenschaftsausschuss nach und wird für DIE LINKE. auch dem Gestaltungsbeirat angehören.

## Ausschussmitglieder der LINKEN. KÖLN

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Ausschuss Bauen und Wohnen

Finanzausschuss

Hauptausschuss

Jugendhilfeausschuss

Ausschuss Kunst und Kultur

Liegenschaftsausschuss

Rechnungsprüfungsausschuss

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Ausschuss für Soziales und Senioren

Sportausschuss

Stadtentwicklungsausschuss

Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün

Verkehrsausschuss

Wirtschaftsausschuss

Gestaltungsbeirat

Jörg Detjen

Peter Löwisch

Bernd Weber

Claus Ludwig

Michael Kellner

Andrea Kostolnik

Wolfgang Breuer

Stefan Kühn

Claudia Borchard

Özlem Demirel

Michael Kellner

Felix Schulte

Jörg Detjen

Frank Kühn

Michael Weisenstein

Barbara Kleine

Stefan Kühn